

bende Lizzi Doron sucht den »Paralleldialog« mit den Deutschen und die Auseinandersetzung mit der Gegenwart des Staates Israel, die vom Schicksal der Eltern geprägt ist.¹⁷ Ihrer Mutter, einer Holocaust-Überlebenden und Israel-Einwanderin, hat die Autorin mit dem Buch *Warum bist du nicht vor dem Krieg gekommen?* (2004) ein Denkmal gesetzt. Anders verhält es sich mit den Büchern von Zeruya Shalev. Die Autorin, deren Roman *Liebesleben* (2000) eines der international erfolgreichsten, sicher nicht allen Lesern zugänglichen, aber doch am meisten übersetzten – und 2007 auch verfilmten – Werke der jüngeren Literatur Israels ist, setzt episches Leidenschaftskino an die Stelle des politischen Romans. Wie »konnte man eine Vergangenheit reparieren, ohne sie zu kennen«, lautet eine Schlüsselfrage des Romans.¹⁸

Die Antwort gibt, nicht nur bei Shalev, die ihren Roman in einer Bibliothek enden lässt, die Literatur. Sie nimmt sich nicht nur der Probleme an, die Deutschland und Israel gemeinsam sind, des Verhältnisses von Identität und Integration, der Frage der Interkulturalität in einer global orientierten Gesellschaft, des Angriffs des internationalen Terrorismus

auf die Grundfesten der Demokratie. Die Literatur konserviert und überliefert auch das Wissen von der Geschichte, ohne dessen Kenntnis die Zukunft nicht verantwortungsvoll gestaltet werden kann. Shoah-Erinnerung und Israel-Verbundheit gehören deshalb zusammen, wie es der Dialog des protestantischen Pfarrers und Dichters Albrecht Goes (1908–2000) mit Martin Buber, dem jüdischen Philosophen und Theologen (1878–1965), zeigt.¹⁹ Die Literatur rettet die Zukunft dieser Erinnerung, insbesondere dann, wenn die Zeitzeugen unweigerlich ausgestorben sein werden. In diesem Sinne hat Altkanzler Helmut Kohl treffend an Konrad Adenauers deutsch-israelische Erinnerungspolitik angeknüpft. Am 6. Juni 1995 schrieb er ins Gästebuch der Gedenkstätte Jad Vaschem: »Erinnerung ist eine Chance der Begegnung.«

17 Vgl. Naomi Bubis, Die verbotene Liebe zu Deutschland. Eine Begegnung mit der israelischen Schriftstellerin Lizzie Doron, in: Neue Zürcher Zeitung, 16.2.2008.

18 Zeruya Shalev, *Liebesleben*. Roman, Berlin 2001, S. 290.

19 Vgl. Helmut Zwanger, Albrecht Goes. Freund Martin Bubers und des Judentums, Tübingen 2008.

Wissenschaft und Politik in der DDR

Eine Kontrastbetrachtung im Vergleich zur Bundesrepublik

Peer Pasternack, Wittenberg

Es gibt – neben einer überschaubaren Reihe synthetisierender Überblicksarbeiten – eine Fülle von Detailstudien zur ostdeutschen Wissenschaftsgeschichte, die sich sehr differenziert der analytischen Aufbereitung häufig sehr spezieller Fragestellungen widmen.¹ Diese sind so wichtig wie notwendig und ermöglichen erst, was daneben vonnöten ist: den zusammenfassenden und generalisierenden Blick. Ein solcher muss getragen sein von Begriffen, welche die notwendigen Differenzierungen nicht leugnen, ohne sich jedoch in den Differenzierungen zu verlieren.

1 Vgl. Peer Pasternack, Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der SBZ, DDR und Ostdeutschlands 1945–2000. Annotierte Bibliografie der Buchveröffentlichungen 1990–2005, CD-ROM-Edition, Wittenberg/Berlin 2006. Das weitere Publikationsgeschehen wird in der Rubrik »Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945« der Zeitschrift *die hochschule* fortlaufend dokumentiert; vgl. auch http://www.peer-pasternack.de/texte/dhs_biblio_fortsetzung.pdf (21.4.2008). Vgl. einführend auch Peer Pasternack, Ziemlich detailliert und fallbezogen. Die Differenz zwischen Umfang und Aussagekraft der bisherigen Literatur zur DDR-Wissenschaft, in: DA 37 (2004), S. 659–665.

Die Begriffe sind vor allem aus einem Grunde bedeutsam: Sie stellen die Scharniere zwischen historischer Forschung einerseits sowie öffentlicher Debatte und gesellschaftlichem Geschichtsbewusstsein andererseits dar. Generalisierende Begriffe sind gleichsam die Sedimente historischer Forschung, die einer auch außerfachlichen Öffentlichkeit als verdichtete Deutungsangebote unterbreitet werden. Die in diesen Begriffen aufgenommenen Differenzierungen müssen ihre Grenze dort finden, wo die historisch jeweils dominierenden Tendenzen nicht mehr erkennbar würden. Diese Gefahr bestünde dann, wenn die Anzahl der einbezogenen Unterscheidungen nicht mehr erkennen ließe, was primäre, sekundäre und was periphere Prozess- oder Strukturelemente des betrachteten historischen Geschehens waren.

Im Übrigen kann keine Art der Betrachtung und erst recht keine generalisierende – wie die folgende – eine Differenziertheit transportieren, die in ihrer Komplexität dem historischen Realgeschehen exakt entspräche. Dem stehen nicht allein Begrenzungen der Forschungs-, Darstellungs- und Informationsverarbeitungskapazitäten entgegen. Viel grundsätzlicher verhindert dies die Struktur jeglicher Beobachtung. Nehmen wir die DDR-Debatte: In dieser wird von Zeitzeugen gegen Vereinfachungen, die als unzulässig empfunden werden, häufig Differenzierung eingefordert. Das formuliert einen Anspruch auf problemangemessene Komplexität der Betrachtung. Dieser Anspruch ist ebenso berechtigt wie letztlich uneinlösbar: Da zur Struktur eines beliebigen Problems seine Kontexte gehören, ist die Komplexität durch Erweiterung des Betrachtungsrahmens makroskopisch unendlich steigerbar, und da ein Problem auch intern in immer noch weitere Tiefendimensionen hinein ausdifferenziert werden kann, gelangt die Komplexität mikroskopisch erst dort an ihre Grenze, wo die Geduld und Aufnahmekraft der Analytiker und ihrer Rezipienten längst erschöpft wären. Der Komplexitätsgrad historischer Forschung ist grundsätzlich keine Eigenschaft ihrer Gegenstände, sondern eine Konstruktionsleistung in deren Beobachtung (wenngleich die Historiografie sich darum bemühen sollte, die Komplexität ihrer jeweiligen Gegenstände annähernd zu spiegeln).²

1. Wissenschaft und Politik in generalisierenden Stichworten

Im Folgenden wird aus darstellungspragmatischen Gründen eine Gliederung nach Jahrzehnten vorgenommen. Damit wird keinesfalls behauptet, dass sich die Verhältnisse zwischen Wissenschaft und Politik genau in Dezennien gewandelt hätten.

1949 waren die beiden deutschen Staaten gegründet worden. Deren erstes Jahrzehnt, die 50er-Jahre, war in der DDR wissenschaftspolitisch vorrangig durch *Zentralisierung, Gegenprivilegierung und Kaderpolitisierung* gekennzeichnet.³ Mit Auflösung der Länder ging 1952 die Zuständigkeit für die Hochschulen an das Staatssekretariat für Hochschulwesen über. Dies schuf die Voraussetzung, um das gesamte Wissenschaftssystem der DDR fortan zentralstaatlich steuern zu können. Die II. Hochschulreform, gleichfalls 1952, brachte die Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums und verschultere Studienabläufe. Bereits zuvor waren Entscheidungen getroffen worden, welche auf die Brechung des bürgerlichen Bildungsmonopols zielten. Mit den Arbeiter- und Bauern-Fakultäten (ABF) gab es Vorstudienanstalten, die bislang bildungsferne Schichten an ein Hochschulstudium heranführten.⁴ Lässt sich dies als insoweit berechtigte Maßnahme deuten, um bildungsbezogene Gerechtigkeitslücken zu schließen, so ver-

2 Vgl. Niklas Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1998, S. 144.

3 Die Darstellung bezieht sich v. a. auf: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin 1998; Agnes Charlotte Tandler, *Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971*, Freiberg 2000; Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hg.), *Auf dem Weg zur »Produktivkraft Wissenschaft«*, Leipzig 2002; dies. (Hg.), *Reformzeiten und Wissenschaft*, Leipzig 2005; Andreas Malycha (Hg.), *Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961*, Leipzig 2003, insb. S. 23–87; Ilko-Sascha Kowalczyk: *Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 2003.

4 Vgl. Michael C. Schneider, *Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR*, Dresden 1997; Ingrid Mieth, *Bildung und soziale Ungleichheit in der DDR. Möglichkeiten und Grenzen einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik*, Opladen/Farmington Hills 2007.

band sich damit ebenso eine explizite Politisierung des Hochschulzugangs: Es wurde nicht nur das eine Bildungsmonopol gebrochen, sondern auch ein anderes neu etabliert. In den nächsten zwei Jahrzehnten gab es dann faktisch ein proletarisches bzw. funktionsproletarisches Bildungsmonopol. Mit diesem wurde sichergestellt, dass die Hochschulen die kaderpolitische Heranbildung einer realsozialistischen Dienstklasse leisteten. Das schloss nicht aus, sondern setzte voraus, dass die künftigen Akademiker/innen auch fachlich solide ausgebildet wurden. Um dieses Ziel weder von der fachlichen noch der politischen Seite her zu gefährden, wurde eine Durchmischung des Lehrkörpers in Gang gesetzt: Bürgerliche Gelehrte wurden benötigt, um die Qualität von Lehre und Forschung zu sichern; marxistische Wissenschaftler sollten deren »Objektivismus« neutralisieren. Letztere setzten sich aus drei Untergruppen zusammen: respektable Gelehrte, mit denen es dann häufig auch alsbald Konflikte gab (etwa Hans Mayer, Ernst Bloch oder Walter Markov), hoffnungsvolle Nachwuchswissenschaftler, denen eine akademische Blitzkarriere organisiert wurde, sowie Parteiarbeiter ohne wissenschaftliche Meriten (etwa Kurt Hager).

In der Bundesrepublik dagegen dominierte in der Nachkriegszeit Elitenkontinuität. Das Wissenschaftssystem war durch *Restauration* gekennzeichnet. Zeitweilige entnazifizierende Konzessionen an die Besatzungsmächte wurden in den 50er-Jahren, bis auf wenige Ausnahmen, stillschweigend korrigiert. Die Voraussetzung dafür schuf eine Geschichtskonstruktion, wonach die Wissenschaft während der NS-Zeit »im Kern gesund«⁵ geblieben sei. Noch vor nicht allzu langer Zeit fand sich im Brockhaus unter dem Stichwort »Hochschule« eine Aussage, die diese Position kontinuierte: Die Hochschulen, hieß es dort, hätten »als institutionelle Einrichtungen die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur insgesamt ohne größeren Vertrauensverlust überstanden«.⁶

Die 60er-Jahre waren in der DDR vornehmlich durch eine *technokratische Modernisierung und Hochschulexpansion* gekennzeichnet. Der anhaltende Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft wurde auf deren Innovationsschwäche zurückgeführt. Um diese zu beheben, wurde versucht, eine systemimmanente Reform des politisch-ökonomischen Steu-

erungsmodells zu bewerkstelligen. Das sogenannte Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖSPL) sollte einer »Vervollkommnung«, sprich: Versachlichung der Führungsprozesse dienen. Bei übergreifender Planung sei insbesondere die Eigenlogik der Ökonomie stärker zu berücksichtigen.⁷ Mit der Kybernetik schien die Wissenschaft die hierfür benötigte Expertise bereitzuhalten.⁸ Die Verbindung von subsysteminterner Regelung mit gesamtsystemischer Steuerung, so die seinerzeit herrschende Annahme, lasse eine optimierte Lenkung und Leitung zu. Die von einer solch wissenschaftseuphorischen Grundstimmung beflügelten Fachdisziplinen sollten dabei zugleich deutlich innovationsorientierter werden. Hierzu wurde die III. Hochschulreform 1968 ff konzipiert, die zugleich eine Reform der DDR-Wissenschaftsakademie war. Die verbliebene Macht bürgerlicher Ordinarien an den Hochschulen sollte neutralisiert werden. Dies erschien notwendig, um einem technokratischen Verständnis von Wissenschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Dem dienten Kaderentwicklungsprogramme, die Abschaffung der Institute und Einführung von Sektionsstrukturen sowie eine zentrale Etatbewirtschaftung an den Hochschulen. Was häufig als Sowjetisierung bezeichnet wird, ähnelte im institutionellen Ergebnis allerdings eher der US-amerikanischen Department-Struktur. Ein tatsächlicher Sowjetisierungsimpuls scheiterte am obstructiven Widerstand der Hochschulen: Diese wollten sich nicht zu reinen Lehranstalten degradieren lassen.⁹ Sie vermochten es in den folgenden Jahren, ihre Forschungskapazitäten als unverzichtbare Optimierungs-

5 Studienausschuss für Hochschulreform, »Blaues Gutachten« (1948), dok.: Rolf Neuhaus (Hg.), Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959, Wiesbaden 1961.

6 »Hochschule«, in: Brockhaus-Enzyklopädie, 20. Aufl., Mannheim 1997, Bd. 10. In der 21. Auflage ist dies korrigiert.

7 Vgl. Arnold Sywottek, Gewalt – Reform – Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren, in: Axel Schild u. a. (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 54–76.

8 Vgl. Heinz Liebscher, Kybernetik und Leitungstätigkeit, Berlin (O.) 1966; Frank Dittmann/Rudolf Seising (Hg.), Kybernetik steckt den Osten an. Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR, Berlin 2007.

9 Vgl. Matthias Middell, 1968 in der DDR. Das Beispiel Hochschulreform, in: Etienne François u. a. (Hg.), 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997, S. 125–146.

ressourcen für die sozialistische Entwicklung des Landes darzustellen. Ursprünglich war in der Tat eine möglichst weitgehende Trennung von Forschung und Lehre an der Trennlinie von Akademieinstituten und Hochschulen beabsichtigt. Doch am Ende entstand ein Wissenschaftssystem, das sämtliche Einrichtungen – Akademien wie Hochschulen – mit der Anforderung befrachtete, gleichermaßen Grundlagen- wie auch Anwendungsforschung zu betreiben. Die Losung des Jahrzehnts war: »Wissenschaft als Produktivkraft«. Dazu gehörte auch eine deutliche Ausweitung der Hochschulbildungsbeteiligung.¹⁰

In Westdeutschland waren die 60er-Jahre das Jahrzehnt der *Hochschulöffnung, kulturellen Durchlüftung und Demokratisierung* sowohl der Hochschulen als auch, von diesen wesentlich ausgehend, der Gesellschaft. Der Hintergrund ist auch hier eine Innovationskrise gewesen, gekoppelt mit der Prognose, man steuere auf eine »Bildungskatastrophe« zu.¹¹ Die Anlässe dieser Wahrnehmungen waren der sogenannte Sputnikschock 1957 und die nachfolgenden Raumfahrtfolge der Sowjetunion. In das Grundgesetz wurden für den Wissenschaftsbereich Bundeskompetenzen und Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern aufgenommen: Ohne Bundesbeteiligung schien die Wissenschaftsentwicklung hoffnungslos in Rückstand zu geraten. Damit setzte eine massive Hochschulexpansion ein. Kulturell bedeutsam war vor allem die nachholende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.¹² Als Voraussetzung der Hochschulexpansion und der kulturellen Neukonfiguration der westdeutschen Hochschulen wirkte eine singuläre Koalition von Akteuren, die im Übrigen einander wenig zugeneigt waren: Es gab eine hinreichende Interessenüberlappung zwischen Technokraten einerseits und Demokraten andererseits. Die einen sahen geöffnete, expandierende und erneuerte Hochschulen als zentrale Bedingung, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts innerhalb der Systemkonkurrenz zu sichern. Die anderen sahen solche Hochschulen als zentrale Bedingung, um Bildung als Bürgerrecht und mehr Chancengleichheit durchzusetzen.¹³

Die 70er-Jahre brachten hochschul- und wissenschaftspolitisch in der DDR eine *Expansionsrücknahme und Disziplinierung*. Mit der Entmachtung Walter Ulbrichts durch Erich Honecker wich die

Wissenschafts- und Innovationseuphorie einem deutlich sachlicheren Verhältnis zu Forschung und Hochschulbildung. Die Studienanfängerquote der entsprechenden Altersjahrgänge ging wieder auf 12,6 Prozent zurück, nachdem sie zuvor fast 19 Prozent (1970) erreicht hatte.¹⁴ Zugleich wurden die 70er-Jahre durch Disziplinierungen geprägt. Diese waren zwar nicht wissenschaftsspezifisch intendiert, sondern allgemein intelligenzpolitisch – mit dem Höhepunkt der Biermann-Ausbürgerung 1976 und den daraus folgenden Entwicklungen insbesondere in den künstlerischen Milieus. Doch hatten diese Vorgänge Auswirkungen auch auf Hochschulen und Forschungsinstitute. Politisch orthodoxe Positionen gewannen dort die Oberhand, und politisch motivierte Verfahren gegen Studierende und Wissenschaftler/-innen strahlten in ihren Disziplinierungswirkungen jeweils weit aus.¹⁵

Die bundesdeutschen Entwicklungen der 70er-Jahre hingegen waren durch die *Fortsetzung der Hochschulexpansion und eine gleichzeitig einsetzende Pädagogisierung* charakterisiert. Große Hochschulbauvorhaben wurden in Gang gesetzt sowie zahlreiche Universitäten neu gegründet und die Fachhochschulen geschaffen. Mit der Expansion gerieten auch neue Gruppen an die Hochschulen, die bis vor kurzem noch von konservativen Professoren als studienunfähig kategorisiert worden waren. Diesen Behauptungen der

10 Vgl. Wolfgang Lambrecht, Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulreform (1965–71) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt, Münster u. a. 2007.

11 Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Freiburg i. Br. 1964.

12 Vgl. dazu vor allem Rolf Seeliger (Hg.), Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute, 4 Bde., München 1964–1966.

13 Vgl. Ralf Dahrendorf, Bildung ist Bürgerrecht, Hamburg 1965; Wolfgang Nitsch u. a., Hochschule in der Demokratie, Berlin/Neuwied 1965.

14 Robert D. Reisz/Manfred Stock, Inklusion in Hochschulen. Beteiligung an der Hochschulbildung und gesellschaftlichen Entwicklung in Europa und in den USA (1950–2000), Bonn 2007, S. 61.

15 Dieser Aspekt ist noch nicht systematisch untersucht – wie generell die 70er-Jahre bislang selten Gegenstand eigenständiger Studien sind. So muss derzeit v. a. auf Erinnerungsliteratur von Zeitzeugen zurückgegriffen werden.

Studierunfähigkeit sollte der Boden entzogen werden. Die im Zuge dessen expandierende Hochschuldidaktik neigte dabei zu überschießendem Elan und suchte sich als Leitwissenschaft der Hochschulbildung zu profilieren – mit der Folge, in den beiden folgenden Jahrzehnten umso gründlicher an den Rand gedrängt zu werden.

Die 80er-Jahre waren in der DDR von einer *allgemeinen gesellschaftlichen Krise* und einer *Generationsblockade* geprägt. Beide wirkten auch unmittelbar auf die Wissenschaft und in ihr. Die offensichtlich werdende Krise des sozialistischen Systems wurde weder in der Politik noch in der Wissenschaft als gesellschaftliche, sondern vorrangig als Steuerungskrise begriffen.¹⁶ Die Undenkbarkeit, dass dieses historisch »fortschrittlichere« System schlicht zusammenbrechen könnte, die geringe Attraktivität des kapitalistischen Systems außerhalb seiner Prosperitätszonen Westeuropa, Nordamerika, Australien und Japan sowie, vor allem, der Kalte Krieg mit seinen immer wiederkehrenden Überhitzungsphasen – dies sorgte für eine Selbstbegrenzung des wissenschaftlichen Denkens im Angesicht der realsozialistischen Systemkrise. Doch selbst systemimmanente Steuerungsreformen wurden blockiert. Auch hierfür findet sich allgemeingesellschaftlich wie wissenschaftsspezifisch eine parallele Ursache: Die Aufbaugeneration der DDR okkupierte anhaltend die Führungspositionen und Schaltstellen des Systems, während eine eher an technokratischer Sachlichkeit orientierte mittlere Kaderngeneration in der zweiten Reihe gehalten wurde. Nicht zuletzt diese Generationsblockade verhinderte systemimmanente Steuerungsreformen bzw. deren Vordenken in der Wissenschaft.¹⁷

Auch in Westdeutschland gab es in den 80er-Jahren eine *Generationsblockade* in der Wissenschaft. Allerdings war diese dort weniger politisch aufgeladen. Sie rührte zwar von den Massenbesetzungen der expansionsweise neu geschaffenen Professuren Anfang der 70er-Jahre her. Deren komplett einer Generation angehörende Inhaber/innen befanden sich nun noch nicht im Pensionsalter, während unterdessen aber die nächste Wissenschaftlergeneration herangewachsen war. So entstand ein Berufungsstau. Politisch relevant sollte dies jedoch erst im nächsten Jahrzehnt werden. An die Pädagogisierung der Hochschulen schloss sich

nun zunächst deren *Bürokratisierung* an. Kapazitätsverordnung (KapVO), Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) sowie das wissenschaftspolitische Kartell aus Bund-Länder-Kommission für Forschungsförderung und Bildungsplanung (BLK) und Kultusministerkonferenz (KMK): Sie standen für eine technisch verwaltende Erstarrung der Wissenschaftspolitik, die keine Antworten hatte für die Bewältigung der Expansionsfolgen. Die Bürokratisierung stellte den Versuch dar, die sich nun strukturell verfestigende *Unterfinanzierung* der Hochschulen zu bewirtschaften.

Die 90er-Jahre, das Jahrzehnt der deutschen Vereinigung, brachten in Ostdeutschland die *Abwicklungen und die Transformation* des kompletten Wissenschaftssystems.¹⁸ Diese Vorgänge bestanden aus drei Teilprozessen: einer strukturellen Anpassung der ostdeutschen an die westdeutsche Wissenschaft, der inhaltlichen Pluralisierung des Forschungs- und Lehrbetriebs sowie des Personalumbaus, bestehend aus der Personalstruktur-Neugestaltung und der Personalüberprüfung.¹⁹ Faktisch lief dies auf einen

16 Frank Ettrich, Soziologie in der DDR. Hilfswissenschaft zwischen ideologischer Delegitimierung und partieller Professionalisierung, in: Berliner Journal für Soziologie, 3–4/1992, S. 447–472, hier 450.

17 Eine späte Ausnahme stellt das »Sozialismus-Projekt« an der Humboldt-Universität zu Berlin dar, das zu spät kam, um noch praktische Wirkungen entfalten zu können. Vgl. Michael Brie u. a., Studie zur Gesellschaftsstrategie, Berlin (O.) 1989; Rainer Land u. a. (Hg.), Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre. Dokumentation und Rekonstruktion kommunikativer Netzwerke und zeitlicher Abläufe, Analyse der Spezifik und der Differenzen zu anderen Reformdiskursen der SED, Berlin/Leipzig o. J. [1999?]; Dirk Rohtus, Zwischen Realität und Utopie. Der »dritte Weg« als Konzept in der DDR 1989/90, Leipzig 1999.

18 Zu Details vgl. Peer Pasternack, Demokratische Erneuerung und Kolonialisierung. Prüfung zweier Klischees, in: Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus (Hg.), Ostprofile. Universitätsentwicklungen in den neuen Bundesländern, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 146–173.

19 Zu Details vgl. Peer Pasternack, Die wissenschaftliche Elite der DDR nach 1989, in: Hans-Joachim Veen (Hg.), Alte Eliten in jungen Demokratien. Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa, Köln u. a. 2004, S. 121–148; Peer Pasternack, Wissenschaftspersonal als Transformationsproblem. Resümee eines unverdauten Vorgangs, in: Petra Boden/Frank-Rutger Hausmann (Hg.), Evaluationskultur als Streitkultur, Bielefeld 2005, S. 494–509.

weitgehenden Personalaustausch in der ostdeutschen Wissenschaft hinaus. Im öffentlich finanzierten Wissenschaftsbereich bedeutete dies, dass sowohl an den Hochschulen als auch in der Akademieforschung jeweils ca. 60 Prozent des wissenschaftlichen Personals ausscheiden musste.²⁰ Deutliche Differenzen gab es dabei regional wie zwischen den Fächergruppen.

Einhergehend und ursächlich verknüpft mit der ostdeutschen Wissenschaftstransformation löste sich die westdeutsche Generationsblockade auf: Im Osten waren derart viele Stellen neu zu besetzen, dass in manchen Fächern – etwa Rechts- und Wirtschaftswissenschaften – plötzlich eine Knappheit an berufsfähigem Personal entstand. Insgesamt konnte die akademische Grundversorgung Ostdeutschlands vergleichsweise problemlos aus den vorhandenen personellen Ressourcen der westdeutschen Wissenschaft erfolgen. Die Folgen waren ambivalent: Einerseits kam es zu der politisch gewollten Ost-West-Durchmischung (wenn auch nur im Osten, nicht aber im Westen Deutschlands). Andererseits wurden bei den Neubesetzungen bislang gültige Qualitätsstandards flexibilisiert.²¹ Die Ergebnisse dessen – im Zusammenspiel mit weiteren Ursachen, etwa geringerer Ausstattung im und Anziehungskraft des Ostens – sind durchaus dramatisch: In Leistungsvergleichen bleibt die Wissenschaft in den östlichen Bundesländern anderthalb Jahrzehnte nach der Vereinigung weit hinter den westdeutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen zurück.²²

Im Übrigen setzte in der Mitte der 90er-Jahre gesamtdeutsch eine Hochschulreform ein, die auf *Flexibilisierung und Utilitarisierung* zielte. Das dominierende Leitbild wurde die Hochschule als Dienstleistungsunternehmen. Zu dessen Umsetzung werden Instrumente des New Public Management mobilisiert. Dies verbindet sich mit Entstaatlichung und Deregulierung – der Einsicht geschuldet, dass die bürokratische Detailsteuerung von Hochschulen durch den Staat wenig zielführend ist.

Das gegenwärtige, sich seinem Ende zuneigende Jahrzehnt ist das erste tatsächlich gesamtdeutsche Dezzennium der Nachkriegszeit. Dessen wissenschaftspolitische Stichworte sind *Managerialisierung, Re-Bürokratisierung, Föderalisierung und Verschulung*.

Die Managerialisierung und Re-Bürokratisierung hängen eng miteinander zusammen: Management an Hochschulen und Forschungsinstituten wird im herrschenden Diskurs als organisationsintern hierarchische Steuerung aufgefasst, und steuern lässt sich nur, was gemessen werden kann, da nur so Zielabweichungen wahrzunehmen sind.²³ Parallel dazu wurde mit der Föderalismusreform die Länderebene hochschulpolitisch massiv gestärkt und die vertikale Verflechtung zwischen Bund und Ländern deutlich geschwächt.²⁴ Die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland wird mit einer bislang ungekannten

20 Die empirisch abgesicherten Erhebungen, denen sich hierfür relevante Zahlen entnehmen lassen, sind überschaubar und in ihren Einzelheiten schwer miteinander vergleichbar. Daher kann hier nur auf der Basis einer Zusammenschau folgender statistischer Erfassungen und Hochrechnungen plausibel geschätzt werden: Werner Meske, Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1993; Hansgünter Meyer, Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, Berlin 1993; Thomas Neie, Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990–1993, in: hochschule ost, 1/1996, S. 133–148; Gertraude Buck-Bechler u. a. (Hg.), Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim 1997; Dirk Lewin, Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1997; Anke Burkhardt, Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport, Wittenberg 1997; Arno Hecht, Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Leipzig 2002.

21 Wilhelm Krull, Im Osten wie im Westen – nicht Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, in: Renate Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 205–225, hier 215, resümierte, es sei »nur teilweise gelungen, den internationalen Standards entsprechende Berufungsverfahren durchzuführen«.

22 Vgl. Peer Pasternack, Forschungslandkarte Ostdeutschland, Wittenberg 2007.

23 Ausführlicher: Peer Pasternack, Wieviel Management trägt die Hochschule?, in: Peter Heinrich/Denis Kirstein (Hg.), Ökonomisierung des Hochschulwesens. Redebeiträge und Thesen des 17. Glienicker Gespräch 2006, Berlin 2006, S. 33–55.

24 Ausführlicher: Ute Lanzendorf/Peer Pasternack, Landeshochschulpolitiken, in: Achim Hildebrand/Frieder Wolf (Hg.), Politik der Bundesländer. Staatstätigkeit im Vergleich, Wiesbaden 2008, S. 43–66.

Die deutsch-deutsche Wissenschaftsentwicklung der Nachkriegsjahrzehnte in Stichworten

	1950er-Jahre	1960er-Jahre	1970er-Jahre	1980er-Jahre	1990er-Jahre	2000er-Jahre
DDR	Zentralisierung, Gegenprivilegierung, Kaderpolitisierung	technokratische Modernisierung, Hochschulexpansion	Expansionsrücknahme, Disziplinierung	Krise, Generationsblockade	Abwicklung, Transformation	Utilitarisierung, Re-Bürokratisierung, Föderalisierung, Verschulung
Bundesrepublik	Restauration	Hochschulexpansion, kulturelle Durchlüftung, Demokratisierung	Expansionsfortsetzung, Pädagogisierung	Generationsblockade, Unterfinanzierung, Bürokratisierung	Auflösung der Generationsblockade	

Verschulung verbunden: Obligatorische Lehrveranstaltungen, starre Studienpläne, geringe Selbststudienzeit, Standardisierung und zahlreiche Prüfungsanforderungen kennzeichnen die bisherige Studienstrukturreform.

Was hier unternommen wurde, war eine Herausarbeitung *dominierender* Entwicklungslinien. Dies impliziert, dass nichtdominierende vernachlässigt wurden. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Im Verhältnis zum radikalen Elitenbruch, wie er nach 1945 in Ostdeutschland stattfand, ist es für diese Betrachtung nicht wesentlich, dass in Einzelfällen auch dort auf in den NS verstrickte Wissenschaftler zurückgegriffen wurde.²⁵ Denn dominierend war der Bruch, nicht die Kontinuität. Umgekehrt verhielt es sich dagegen im Westen Deutschlands: Elitenkontinuität verband sich mit zum Teil offener Feindseligkeit gegenüber Emigranten und Rückkehrern. Daher ist dies dort mit dem Begriff der Restauration als dominierender Trend vermerkt.

Auch trifft sich die obige Darstellung in zahlreichen Punkten nicht mit individuellen Erinnerungen, wie sie mittlerweile in reicher Zahl publiziert sind. Das entwertet die Erinnerungen der Zeitzeugen nicht, sondern verweist auf etwas anderes: Die dominierenden Entwicklungslinien einer Zeit erschließen sich erst einer distanzierten, vom Einzelerleben abstrahierenden Betrachtung – zeitlich, räumlich oder kognitiv distanziert und analytisch abstrahierend. Wir haben es hier mit einer unaufhebbaren Diskrepanz

von Zeitzeugenschaft und Zeitgeschichtsschreibung zu tun. Diese zeigt sich in einer »Deutungskonkurrenz« zwischen Zeitzeugen und Zeithistorikern.²⁶

Wenn beispielsweise für die Bundesrepublik der 60er-Jahre als eine der dominierenden Entwicklungen die kulturelle Durchlüftung des Wissenschaftsbetriebs festgehalten wird, dann widerspricht das zweifelsohne zahlreichen Erinnerungen von Zeitzeugen. Diese haben häufig vor allem Krawalle und Angriffe auf akademische Traditionen im Gedächtnis behalten. Doch handelte es sich dabei zum einen um zeitly-

25 Z. B. den Germanisten Joachim Müller (vgl. Günter Schmidt/ Ulrich Kaufmann [Hg.], Ritt über den Bodensee. Studien und Dokumente zum Werk des Jenaer Germanisten Joachim Müller, Jena/Quedlinburg 2006), den Chemiker Peter Adolf Thiessen (vgl. Christina Eibl, Der Physikochemiker Peter Adolf Thiessen als Wissenschaftsorganisator [1899–1990]. Eine biographische Studie, Diss. phil. Stuttgart 1999; Klaus Beneke, Die Kolloidwissenschaftler Peter Adolf Thiessen, Gerhart Jander, Robert Havemann, Hans Witzmann und ihre Zeit, Nehnten 2000, S. 24–174), den Mediziner Jussuf Ibrahim (vgl. Bericht der Kommission der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur Untersuchung der Beteiligung Prof. Dr. Jussuf Ibrahims an der Vernichtung »lebensunwerten Lebens« während der NS-Zeit, Jena 2000) sowie die medizinische Hochschullehrerschaft insgesamt (vgl. Anna-Sabine Ernst, »Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus«. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster 1997).

26 Konrad Jarausch, Zeitgeschichte und Erinnerung. Deutungskonkurrenz oder Interdependenz?, in: ders./Martin Sabrow (Hg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a. M./New York 2002, S. 9–37.

pische Auseinandersetzungsmuster, wie ein flüchtiger Blick etwa auf die polizeilichen Handlungsroutinen oder die boulevardjournalistische Berichterstattung offenbart. Zum anderen war der Zustand der westdeutschen Hochschulen – Vorherrschaft der akademischen Oligarchie, strukturelle Verkrustung, patriarchale Grundmuster, Weigerung, sich der nationalsozialistischen Vergangenheit einschließlich ihrer personellen Kontinuitäten in die Gegenwart hinein zu stellen – offenkundig auch nicht dazu angetan, verfeinerte Techniken der Konfliktaustragung zu fördern.²⁷

Oder: Wenn als ein Haupttrend der 50er-Jahre die Kaderpolitisierung der DDR-Hochschulen benannt wird, dann widerstreitet das der Erinnerung an weltenöffnende Bildungserlebnisse, die jungen Menschen zuteil wurden, deren soziale Herkunft solche Teilhabe noch wenige Jahre zuvor völlig ausgeschlossen hätte. Dieser Umstand wird hier zwar in dem Begriff der Gegenprivilegierung durchaus aufgenommen. Doch entwerfen solche Trendbeschreibungen, die auf die politische Dimension des Geschehens zielen, in der Wahrnehmung vieler Zeitzeugen die Aufbruchstimmung, die erst durch die ihnen gebotenen Bildungsmöglichkeiten erzeugt wurde. Allerdings: In der hier unternommenen Beschreibung ging es nicht um eine Sozialgeschichte der Hochschulbildung in der DDR, sondern um eine prägnant kontrastierende Darstellung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik.

Ein Thema, an dem sich der unterschiedliche Zugang einer erinnernden und einer analytischen Herangehensweise auch im Detail besonders deutlich zeigt, ist die III. DDR-Hochschulreform 1968 ff. Wo ein Zeitzeuge beispielsweise allein die brachiale Verabschiedung von akademischen Traditionen erinnert, da bleibt ihm das auch in der Reform steckende Modernisierungspotenzial verborgen.²⁸ Letzteres kann aber durch einen analytischen, also distanzierten Zugang freigelegt werden – um daran anschließend die Einlösung der Modernisierungsabsichten kritisch zu untersuchen.²⁹

2. Vergleichende Betrachtung

Von Interesse ist nun, welche Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschiede hinsichtlich des Verhältnisses Wissenschaft – Politik in der DDR einerseits

und der Bundesrepublik andererseits destilliert werden können.

Für die 60er- und 70er-Jahre gilt in beiden deutschen Staaten: Es wird eine Indienstnahme der Wissenschaft inklusive der Hochschulbildung für die technologische und wirtschaftliche Entwicklung versucht. Die Stichworte, unter denen dies stattfindet, differieren auf beiden Seiten, bezeichnen aber Ähnliches: »Wissenschaftlich-technische Revolution« oder kurz »WTR« heißt in der DDR, was in Westdeutschland als »Durchsetzung technologischer Überlegenheit« zur »Standortsicherung« innerhalb der Systemauseinandersetzung firmiert. Ebenso findet sich in beiden deutschen Staaten der 60er- und 70er-Jahre eine starke Wissenschaftsgläubigkeit. Sie knüpft an die seinerzeitige Konjunktur systemischen bzw. kybernetischen Denkens und an eine allgemeine Planungseuphorie an. Die Generationsblockade der 80er-Jahre kann als ost-west-deutsche Ähnlichkeit notiert werden.

Insgesamt überwiegen freilich die Unterschiede. Es lässt sich, die Jahrzehnte übergreifend, zusammenfassen: In der DDR herrschte ein Wissenschaftsverständnis, das Wissenschaft instrumentell als Teil des gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses verstand. Dieser wiederum wurde von einem zentralen Machtzentrum aus über eine gestufte Herrschaftsvertikale gesteuert. In der Logik dieser Betrachtung konnte es keine verbürgte Wissenschaftsfreiheit und Autonomie geben, gleichwohl mussten aus funktionalen Gründen Teilautonomien zugestanden werden. Zugleich verstand die politische Führung ihre Steuerungsaktivitäten als wissenschaftlich begründetes Handeln und suchte dieses mit Fachexpertise zu untermauern. Da dies aber im Rahmen ideologisch

27 Vgl. u. v. a. Thomas P. Becker/Ute Schröder (Hg.), Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer – Chronik – Bibliographie, Köln u. a. 2000; Matthias Freseu u. a. (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn u. a. 2003.

28 Vgl. z. B. Johannes Mehlig, Wendezeiten. Die Strangulierung des Geistes an den Universitäten der DDR und dessen Erneuerung, Bad Honnef 1999, S. 57–126, 198–204.

29 So Lambrecht (Anm. 10).

gesetzter Grenzen zu geschehen hatte, war die DDR-Geschichte auch eine Geschichte des Scheiterns der Verwissenschaftlichung von Politik. Obendrein war die Parteiaufsicht über die wissenschaftsinternen Vorgänge ergänzt durch eine geheimpolizeiliche. Diese prägte zwar nach allgemeiner Auffassung der meisten Wissenschaftler/innen den akademischen Alltag weniger, als dies nachträgliche Darstellungen nahelegen. Doch erzeugte sie zumindest ein latentes Bewusstsein des Beobachtetwerdens und wurde überdies dann, wenn ein Wissenschaftler erst einmal ins operative Fadenkreuz gelangt war, sehr schnell existenziell.

Die DDR-Wissenschaft stand bei all dem in einem Rollenkonflikt: Sie war, wollte sie ernstgenommen werden, den universalistischen Regeln der Wissenschaft unterworfen, musste aber zugleich die partikularistischen Ansprüche des politischen Systems bedienen.³⁰ Dies führte zu einer permanenten Spannung zwischen Instrumentalisierung und Homogenisierung der Wissenschaft einerseits sowie Versuchen der Nischenbildung und Erringungen von Teilautonomie(n) andererseits.

Schließlich liegt ein zentraler politisch induzierter Unterschied zwischen DDR- und bundesdeutscher Wissenschaft darin, dass in der DDR ein Lebenselixier der Wissenschaft dramatisch eingeschränkt war: die freie Fachkommunikation und damit die wissenschaftliche Öffentlichkeit. Sowohl in der internationalen als auch in der inländischen Kommunikation waren die DDR-Wissenschaftler/innen auf Diät gesetzt. Publikationen in Zeitschriften unterlagen faktisch der Zensur und darüber hinaus dem allgegenwärtigen Restriktionsargument »Papierknappheit«. Der Zugang zu internationaler Fachliteratur war mindestens behindert, häufig beschränkt und obendrein nach Hierarchiepositionen abgestuft. Reisegenehmigungen für das westliche Ausland wurden nach undurchschaubaren Kriterien versagt oder erteilt;³¹ für den größten Teil der Wissenschaftler/innen blieben sie ohnehin von vornherein unerreichbar. Briefliche Kommunikation mit westlichen Fachkollegen wurde ungern gesehen und sollte über die jeweiligen Dienstvorgesetzten laufen. Und schließlich galt die sowjetische Wissenschaft – nach den sogenannten Klassikern – unabhängig von ihrer tatsächlichen Leistung als Wahrheitsmaßstab. Unter solchen den

DDR-Wissenschaftlern angesonnenen Bedingungen zugleich fortwährend das berühmte »Weltniveau« in der Forschungsarbeit erreichen zu sollen, musste selbstwidersprüchlich sein.

In der Bundesrepublik dagegen dominierte ein Verständnis von Wissenschaft als autonomer Sphäre. Dies fand seinen Ausdruck in der individuellen Wissenschaftsfreiheit und der institutionelle Hochschulautonomie. Gleichwohl sind hier auch Anfechtungen zu notieren. Allein der Umstand, dass 60 Prozent aller Forschungsausgaben in der privaten Wirtschaft getätigt werden, verweist auf eine entsprechend große Arena der suspendierten Wissenschaftsfreiheit. Im öffentlich finanzierten Bereich ergeben sich Einschränkungen der Autonomie dann, wenn die Wissenschaft durch Tendenzen funktionslogischer Sektorenkolonisation usurpiert wird: Mehrfach fanden und finden sich Versuche, politischen und wirtschaftlichen Funktionslogiken im Wissenschaftsbereich Geltung zu verschaffen. Politische Interventionen begründen sich zum Teil aus dem Umstand, dass weit überwiegend öffentliche Mittel zur Finanzierung der Forschung aufgewendet werden. So gab es etwa immer wieder Konjunkturen des Ausbaus bestimmter Fächer, und über öffentliche Förderprogramme wurde (und wird) versucht, bestimmte Themenfelder prioritär zu entwickeln. Daneben kamen aber auch – etwa im Zusammenhang mit dem Radikalenerlass in den 70er-Jahren – explizit politisch motivierte Überdehnungen versuchter Einflussnahme auf die Wissenschaft vor. Im Unterschied zur DDR konnten und können solche Entwicklungen jedoch publiziert und dadurch öffentlich diskutiert werden.

Ein bleibender Makel ist es, dass in den 90er-Jahren für zahlreiche ostdeutsche Wissenschaftler/innen die Schutzmechanismen der Verfassung und der öffentlichen Thematisierbarkeit konfligierender Ansprüche nicht erfahrbar wurden. Dem stand eine politisch induzierte Dynamik der ostdeutschen Wissenschaftstransformation entgegen, die mögliche Verfahrens-

30 Ettrich (Anm. 16), S. 453.

31 Vgl. Jens Niederhut, Die Reisekader. Auswahl und Disziplinierung einer privilegierten Minderheit in der DDR, Leipzig 2005.

widerstände ausdrücklich durch Beschleunigung aus dem Wege räumen wollte.³²

Als zentraler Unterschied zwischen DDR und Bundesrepublik hinsichtlich des Wissenschaft-Politik-Verhältnisses ist zu notieren, wie die Steuerung von Wissenschaft aufgefasst und umgesetzt wurde. In der DDR war der Steuerungsoptimismus, auch gegen alle widerstreitenden Erfahrungen, zeitenübergreifend ungebrochen. Er wurde lediglich in einer kurzen Phase in den 60er-Jahren relativiert, als der Eigenlogik der Subsysteme breiterer Raum verschafft werden sollte. In der Bundesrepublik hingegen fand und findet fortwährend eine Auseinandersetzung zwischen Steuerungsoptimisten und Steuerungspessimisten statt – die nie eindeutig entschieden wurde und wechselnde Sieger sah und sieht.

3. Fazit

In der DDR dominierte die Heteronomie das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Sie konnte nur im Einzelfall durch fortwährend prekäre Teilautonomie-Arrangements relativiert werden. In der Bundesrepublik ist die Autonomie der Wissenschaft nie grundsätzlich in Frage gestellt worden. Sie erfährt ihre Gefährdungen seltener durch eine übergriffige Politik als durch Usurpationen sektorenfremder Funktionslogiken, etwa denen des Marktes.

Metaphorisch ließe sich auch formulieren: In der DDR trachtete die Politik danach, die Wissenschaft zu domestizieren. Die Wissenschaftler sollten sich den politischen Vorgaben, Abläufen und Ansprüchen unterwerfen – im Gegenzug wurden einige arttypische Eigenheiten zugestanden bzw. in Kauf genommen. In

der Bundesrepublik war es durch die Jahrzehnte hin im Wesentlichen akzeptiert, dass die Wissenschaft ihr eigenes Habitat selbst organisiert. Die Politik erwartete zwar auch, dass Nützlichkeitswartungen bedient werden. Sie baute aber im Wesentlichen darauf, dass die Erträge desto effektiver ausfallen, je restriktionsfreier sie zustande kommen.

Erstaunen muss, dass trotz der Bedingungen, unter denen in der DDR Wissenschaft betrieben werden musste, in zahlreichen Bereichen beachtenswerte Forschungsergebnisse erzielt wurden³³ – wobei diese Bewertung davon ausgeht, dass Beachtliches nicht erst dann erreicht wird, wenn Paradigmen umgestoßen und wissenschaftliche Revolutionen ausgelöst werden: Wissenschaft ist überall und systemunabhängig nur ausnahmsweise Spitzenwissenschaft. Insoweit ist solide Wissenschaft auch nicht allein solche, welche die Zeiten überdauert. Der größte Teil der Forschungsergebnisse erledigt sich allerorten durch die jeweils darauf aufbauenden nachfolgenden Arbeiten spätestens der nächsten Forschergeneration. Das haben ost- und westdeutsche Wissenschaft wiederum gemeinsam.

32 Vgl. z. B. Jürgen Mittelstraß, Unverzichtbar, schwer kontrollierbar. Die Strukturkommission – Alibi oder zeitgemäßes Instrument der Hochschulpolitik?, in: 10 Jahre danach, Hg. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen 2002, S. 29–32.

33 Z. B. zur Geschichte der Französischen Revolution, zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs, zur Linguistik und Grammatiktheorie oder zur Krebsforschung.